

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimetergasse 40 Pf. Plagiaten ausgeschlossen. ♦ Postfach-Ronto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Ronto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Kampfweihnachten 1930!

P. Z. Wenn in diesem Jahre die Glocken der Christenwelt zu Weihnachten ihre Friedensklänge über Land senden, dann wird der Feinhörige wohl häßliche Misttöne herausklingen hören. Diese Friedensklänge werden untermischt sein von millionenfachen Flüssen hungriger und verelender Menschen. Fünfzehn bis achtzehn Millionen, die keine Arbeitsmöglichkeit mehr zu finden wissen, zählt die Statistik in den Hauptwirtschaftsstaaten. Deutschland allein ist hieran mit rund vier Millionen beteiligt.

Gewiß, wir haben unsere Arbeitslosenversicherung, die den arbeitslos werdenden Arbeiter eine Zeitlang vor der größten Not bewahrt. Aber wie gesagt: nur eine Zeitlang! Die Zahl derjenigen, die wegen allzulanger Arbeitslosigkeit aus der Versicherung ausgesteuert werden und der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen, wächst von Tag zu Tag. Und aus dieser Entwicklung erstet erst das eigentliche gesellschaftspolitische Problem der sogenannten Reservearmee (Arbeitsuchende).

Wahrscheinlich wird die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sehr bald höher sein als diejenige, die man vor kurzem noch einer Berechnung für den finanziellen Ausbau der Arbeitslosenversicherung selbst zugrunde legte. Es ist deshalb klar, daß gerade

die Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen

sehr bald die wichtigste Aufgabe ist, die uns in sozial- und damit auch staatspolitischer Hinsicht gestellt sein wird.

Heute schon besteht in vielen großen Städten effektiv die Unmöglichkeit, über die normale Verwaltungspolitik, auf dem Wege der Selbstverwaltung, dieser Aufgabe Herr zu werden. Dabei befinden wir uns erst am Anfang dieser Entwicklung. Die Städte selbst sind sich der ganzen Schwere dieser Aufgabe anscheinend noch gar nicht bewußt geworden. Wie sonst wäre es möglich, daß schon jetzt einzelne Stadtverwaltungen sich ihres Selbstverwaltungsrechtes begeben und sich hinter die Diktatur eines Staatskommissars flüchten!

Das Bürgertum und seine Parteien verkennen die gegenwärtige Situation. Man ist auf dieser Seite ganz eingestellt — nach dem Gebote privatkapitalistischer Gesellschaftsauffassung — auf die unbedingte und beste Sicherung und Wahrung der eigenen Interessen.

Eine Verpflichtung zur sozialen Solidarität und zur gegenseitigen Hilfe erscheint dem liberalistischen und privatkapitalistischen Denken absurd. Mögen die Opfer dieser Wirtschaftsordnung sehen, wo sie bleiben: diese Welt gehört eben den Glücklichen!

Wir sind zwar der Auffassung, daß die Brutalität des sozialen Lebensprozesses, wie er sich zurzeit vollzieht, hier sehr bald korrigierend einwirken wird. Zu wünschen wäre nur, daß die höchstverantwortlichen Stellen in der Regierung und ihre beauftragten Organe sich der ganzen Bedeutung dieser Frage bewußt und zu entschlossenem Handeln bereit sind. Es könnte sonst sehr leicht vorkommen, daß ihnen das Gesetz des Handelns vorgeschrieben würde von Bedingungen, die auf alles andere, nur nicht auf Frieden auf Erden und Wohlgefallen unter den Menschen schließen ließen. — Aber wo liegt

der Weg zur richtigen Lösung?

Wir sehen ihn klar vorgezeichnet. Der einzige Weg, der zur Lösung der hier gestellten Aufgabe führt, liegt in der Politik des sozialen Ausgleichs aller Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensmöglichkeiten innerhalb unserer Gesellschaftswirtschaft.

Ein sozialer Ausgleich der vorhandenen Wirtschaftsmöglichkeiten ist nur zu erreichen durch eine allgemeine Wirtschaftskontrolle bzw. Reichsaufsicht über alle Kartelle und Monopolgebilde im Wirtschaftsleben. Diese Kontrolle hätte sich nicht nur auf eine Kontrolle der Produktions- und Marktpolitik dieser Gebilde zu erstrecken, sondern vor allem auch auf deren Finanzpolitik. Das ist vorerst der einzige Weg, um zu einer Volkswirtschaft zu kommen, in der nicht allein der Profit als Ziel des Wirtschaftens gilt, sondern in der in erster Linie das Bestreben herrscht, alle Wirtschaftsmöglichkeiten zur notwendigen Bedarfsdeckung für die ganze Wirtschaftsgesellschaft zu erschließen.

Könnte es gelingen, eine solche Kontrolle zu schaffen, wie sie ja jetzt von der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag verlangt wurde, dann müßte sich das wirtschaftsbelebend auswirken. Das müßte, heute unkontrollier-

bare Spekulationsgeschäft würde dann sehr erschwert werden. Heute sind es Milliarden, die diesem Geschäft dienstbar gemacht werden können sowohl an inländischen als auch an ausländischen Börsen.

Bestünde hier eine öffentlich-legale Kontrolle, dann würden diese dunklen Geschäfte sehr bald von der Entdeckung des betrogenen Volkes unterbunden werden. Das hätte weiter zur Folge, daß solche der Spekulation und der Schiebung dienende Kapitale der Volkswirtschaft selbst nutzbar gemacht würden, sei es in der Schaffung neuer Arbeitsstätten, sei es in Stärkung der Kaufkraft durch Preisentzug und Lohnerhöhung, was wiederum Schaffung neuer Arbeitsstätten nach sich ziehen müßte.

Der soziale Ausgleich der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten läßt sich allein über eine Arbeitszeitverkürzung

Erlöst euch selbst!

Geh, Weihnachtsglocke, in heiliger Nacht
Durch Dörfer und durch Städte:

In Villen siehst du Lust und Pracht,
In Hütten Gram und Nöte.

Die einen schwimmen im Ueberfluß,
Halleluja! Halleluja!

Die andern würgt der Lebensverdruß,
Das Fest der Liebe ist da!

Und wieder schallt der alte Sang
Vom Frieden und Wohlgefallen,

Des Worte wieder mit dem Klang
Der Weihnachtsglocken verhallen.

Die Botschaft, die vom Himmel kam,
Geht wieder in die Binsen,

Und wieder werden Not und Gram
Im Heim des Armen grinsen.

So bleibt es in die Ewigkeit,

Wenn sich die Hütten nicht rühren,

Wenn sie dem Herold der neuen Zeit
Nicht öffnen Fenster und Türen.

Erhebt euch, ihr Armen, vom Heu und Stroh
Und folgt der Botschaft von heute:

Erlöst euch selbst! Dann klingt euch froh
Der neuen Weihnacht Geläute!

Victor Kalinowski.

erreichen, um welche Maßnahme auf die Dauer ja gar nicht herumzukommen ist. Leider aber scheint auch hier die Eigenart der Deutschen den Sieg davonzutragen, mit allen notwendigen politischen und sozialen Maßnahmen zu spät zu kommen, um größeren Schaden zu verhüten.

Ein sozialer Ausgleich aller Lebensmöglichkeiten besteht in der solidarischen

Haftung aller Gesellschaftsglieder

gegenüber den mit dieser Wirtschaftsordnung verbundenen Gefahren. Hier liegt die zurzeit brennendste Frage, die wir ja eingangs dieses Artikels berührt haben. Um es klar auszusprechen: die aktiven Einkommen aller noch in der Wirtschaft Tätigen müssen in jedem notwendigen Ausmaße zum Unterhalt der sozialen Krisenopfer herangezogen werden.

Dieser Forderung gegenüber aber findet sich das Bürgertum in geschlossener Abwehr zusammen, angefangen vom Zentrum bis zu den Nazis. Gerade in diesen Tagen konnte ja die Probe aufs Exempel gemacht werden. Dem Reichstage lag nämlich folgender Antrag vor:

1. Die Höchstgrenze für alle Gehälter und Einkommen von Beamten und Angestellten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen beträgt jährlich 8000 M., die Höchstgrenze für alle Pensionen 6000 M.

2. Alle Vermögen über 500 000 M. werden einer einmaligen Steuer von 20 Prozent unterworfen.

3. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 Prozent der Ausschüttung unterworfen.

4. Alle Aufsichtsratsentlohnungen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent.

5. Alle Einkommen über 50 000 M. werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent jährlich belegt.

Infolge der kapitalfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Anträge mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten nur Sozialdemokraten und Kommunisten. Hätten die Nationalsozialisten für diese Anträge gestimmt, so wären sie mit etwa 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden. So haben sich die Nationalsozialisten selbst die Maske vom Gesicht gerissen! Sie sind und bleiben entgegen allen ihren Versicherungen und Ankündigungen die Schutztruppe des Kapitals!

All das aber hindert diese ganze bürgerliche Gesellschaft nicht, in diesen Tagen ihre Lieder von Frieden und Wohlgefallen unter den Menschen zu krächzen und an der Krippe des „armen Jesulein auf Heu und auf Stroh“ ihren Dank abzustatten, daß „der Marxismus mit seinem traffen Materialismus“ vergebens einen Anschlag auf ihren geheiligten Geldsack verjuchte.

Vielleicht wird man uns auch wieder in diesem Jahre wegen solcher Feststellungen am Weihnachtsfeste der Religionshege zeihen. Vielleicht. — Aber mögen sie es tun, wir kämpfen unentwegt um wahres Menschentum mit, das nur in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich sein wird. Wir können deshalb gerade an diesem Weihnachtsfeste nicht die Friedensschalmeien blasen. Für die Proletariatsklasse heißt die Parole: Kampf!

Kampf um wahren Menschheitsfrieden! In diesem Wollen sind sich die sozialistischen Arbeiter der ganzen Welt einig. Friede — Freiheit — Brot! Das ist die Losung, die wir unseren Klassengenossen zu geben haben. Diese Losung in ein festes Lebensverhältnis umzuwandeln, wird noch viel Arbeit kosten. Vorerst wird sie noch übertrönt von der Losung der privatkapitalistischen Reaktion:

Krieg — Knechtschaft — Ausbeutung!

Hierin ist sich der internationale Kapitalismus einig. Die letzte Abrüstungskonferenz hat das aufs neue bewiesen. Der einzige Sinn dieser Konferenz war, mit friedensstiftenden heuchlerischen Reden die maßlose Rüstungspolitik zu verschleiern, die heute in der ganzen Welt geübt wird. Nachstehend ein paar Zahlen darüber, wie es diesbezüglich in der Welt aussieht:

Es beträgt die Friedensstärke Rußlands 1 200 000, Frankreichs 650 700, Italiens 638 300, Polens 299 041, Englands 186 100 und Deutschlands 100 000 Mann.

An schweren Geschützen besitzt Frankreich 1172, Italien 650, Rußland 600, Polen 426, England 400 und Deutschland 22.

An leichten Geschützen besitzt Rußland 2400, England 1700, Frankreich 1452, Polen 1284, Italien 1200 und Deutschland 288.

An Maschinengewehren besitzt Frankreich 37 000, Rußland 23 000, England 13 000, Polen 9700, Italien 4300 und Deutschland 1926.

An Tanks besitzt Frankreich 2500, Rußland 250, Italien 250, England 200, Polen 100 und Deutschland keine.

An Kriegsflugzeugen besitzt Frankreich 4667, England 1547, Rußland 1400, Italien 1160, Polen 1000. Deutschland besitzt nur Handelsflugzeuge.

Diese Zahlen sprechen deutlicher als alle Worte. An diesem Weihnachtsfeste Frieden auf Erden zu singen ist blutiger Hohn auf die Wirklichkeit! Vielleicht versteht man nach diesen kurzen Darlegungen besser, was unser Dichter Kalinowski in dem nebenstehenden Weihnachtsgedicht sagen will. Es ist die Mahnung, nicht nur im leeren Sippenbekenntnis sich für Frieden und menschliches Wohlgefallen zu entscheiden, sondern in lebendiger Tat dafür zu wirken.

Die organisierte Arbeiterklasse handelt nach dieser Erkenntnis und gilt insoweit als der zeitliche Herold, der mit seinen Streikern dem schaffenden Volke allein den sozialen Frieden und damit der Menschheit das Heil der sozialen Erlösung zu schaffen vermag.

Beitragsleistung für die Arbeitslosenversicherung herangezogen werden.

Gewisse Vorkommnisse in der Wirtschaft, die ebenfalls zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit und zur Verminderung der vorhandenen Arbeitsplätze beitragen, lassen es als erforderlich erscheinen, daß bei vorkommenden Stilllegungen infolge Verkauf, Uebertragung oder Zusammenlegung von Werken von den Unternehmungen ein besonderer einmaliger Arbeitslosenbeitrag zu leisten ist.

Die Arbeitnehmergruppe ist der Auffassung, daß außergewöhnliche Verhältnisse auch außergewöhnliche Maßnahmen bedingten und in Zeiten der Not nicht nur ein Teil, sondern alle Angehörige des Volkes und besonders die tragfähigen Schichten mit zur Behebung der Schwierigkeiten beizutragen haben.

Zu 9: Bei den jetzigen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt erscheint es unbedingt erforderlich, durch staatliche Maßnahmen (Wohnungsbau, Tarifrecht) darauf hinzuwirken, daß die landwirtschaftliche Arbeitnehmerschaft lebhaft gemacht und dem bisherigen Arbeitnehmerschutz aus landwirtschaftlichen und industriellen Gegenden vorbeugend entgegengeführt wird.

In Anbetracht der sich immer mehr vergrößenden Notlage der arbeitslosen Volksschichten und der geringen Aussichten auf eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt hofft die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer, daß die maßgebenden Regierungsstellen und Körperschaften obigen Vorschlägen Verständnis entgegenbringen und dieselben zur Durchführung verhelfen.

Kohlentrusts ändern ihre alten Gewohnheiten nicht, und die starke Tendenz zur Sentung der Mittelbewilligungen für den Sicherheitschutz und die sanitären Vorkehrungen in der Industrie ist nach wie vor lebendig. (Woprosy Strachowanija — Fragen der Versicherung — Zeitschrift der Zentralverwaltung der Sozialversicherung der UdSSR. und der Hauptverwaltung der Sozialversicherung der RSFSR., Nr. 31 vom 1. Nov. 1930.)

Tödliche Unfälle in sibirischen Schächten.

Im Jahre 1927-28 gab es in den Schächten Sibiriens 19 Unfälle mit tödlichem Ausgang, 1928-29 waren es 25 und im ersten Vierteljahr 1929-30 20, das sind 80 Prozent der gesamten Unfallzahl des Vorjahres. Indessen werden keinerlei ernstliche Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitschutzes ergriffen. (Na trudowom fronte — An der Arbeitsfront — Organ des Volkstommiariats der UdSSR. und der RSFSR., Nr. 7, März 1930, S. 7.)

Schlagende Wetter.

Explosionen dieser Art (d. h. schlagende Wetter) waren bei uns im Laufe einiger Jahre zu verzeichnen: zwei im Kptow-Bergwerk mit 320 Toten, zwei im Gorlow-Bergwerk mit 84 Toten, zwei im Iwan-Schacht mit 76 Toten usw. Es gab insgesamt zwölf große Explosionen mit 691 Toten. Es wird weiter auseinandergelegt, wie man gegen schlagende Wetter kämpfen soll, und dann folgt wieder:

Was haben wir denn in Wirklichkeit? Von hundert Gaschächten, die im Donezbecken inspiziert worden sind, erhalten die bei weitem meisten Schächte keine genügende Luftmenge. In den Schächten, denen die Luft in ausreichender Menge zugeleitet wird, wird sie auf die einzelnen Arbeitsabschnitte unrationell und falsch verteilt. Es gibt z. B. einzelne Arbeitsreviere, denen nur 16 Prozent der benötigten Luftmenge zugeleitet werden. In diesem Schacht gab es am 17. März 1930 eine Explosion mit 3 Toten. (Na trudowom fronte, Nr. 8, März 1930, S. 10.)

Unfälle und Sicherheitschutz.

Die Zahl der schweren Unfälle in der Bergbauindustrie der RSFSR. ist im Jahre 1928-29 im Vergleich zum Jahre 1927-28 auf je 1000 Arbeiter um 23,8 Prozent gestiegen. Diese Zunahme ist auf unzureichende Sicherheitschutzmaßnahmen zurückzuführen. Zur Feststellung der Ursachen der Zunahme der Unfälle hat der Rat für Arbeit und Verteidigung eine besondere Regierungskommission mit der Untersuchung der Kohlenbergwerke beauftragt. Bei der Untersuchung wurde eine ganze Anzahl von Mängeln und Verletzungen der Sicherheitsvorschriften bei der Durchführung der Bergarbeit aufgefordert. Einer der Hauptmängel der Schachanlagen ist die mangelhafte Lüftung. Schlecht steht es auch mit der Einhaltung der Gasicherheitsordnung, weswegen es in der letzten Zeit nicht wenig Unfälle gegeben hat, es sind sogar Schlagwetterexplosionen vorgekommen. Die größte Zahl der tödlichen Unfälle ist allerdings durch Einstürze verursacht, was seine Klärung in der mangelhaften Ueberwachung von Seiten des Verwaltungs- und technischen Personals findet. Der Zustand der Transportstrecken ist in fast allen Schächten unbefriedigend. An die 40 Prozent aller Unfälle entfallen auf den schlechten Zustand der Transportstrecken. Die Untersuchung der Förderer- und Fördermaschinen hat ebenfalls eine ganze Reihe vorhandener Defekte gezeigt. In fast keinem der Schächte gibt es Ersatzteile, und unsere bergtechnische Inspektion mußte häufig auf eigenes Risiko den Aufzug mit alten Seilen gestatten, um die Förderung nicht zu gefährden! Indes müssen nach den Sicherheitsvorschriften in jedem Schacht überprüfte und für Ein- und Ausfahrt der Arbeiter taugliche Ersatzteile vorhanden sein. (Na trudowom fronte, Nr. 18, Juni 1930, S. 14.)

Wir verkennen nicht die Bemühungen der russischen amtlichen Stellen um Besserung des Grubenschutzes, die Praxis zeigt aber, daß auch auf diesem Gebiet keine Ursache vorliegt, Rußland als ein Paradies hinzustellen. In Deutschland können wir uns mit Erfolgen unseres Kampfes um den Schutz des Bergarbeiterlebens jedenfalls sehen lassen.

Das Erdöl findet sich stets in Sandmassen oder anderen porösen Gestein verteilt. Es scheint eines Auffaugematerials zu benötigen. Sein Vorkommen ist ausnahmslos mit dem Auftreten von Erdgas begleitet. Bei der Bildung größerer Lagerstätten haben gebirgsbildende Bewegungen eine Rolle gespielt. Die gegenseitige Lage der Erdöllagerstätten ist durch Linien charakterisiert, die mit den unter der Erde verlaufenden sogenannten Antiklinalen (Sattellinien), d. h. den Linien über den höchsten Sattelpunkten der Schichtenfaltungen (Dome) übereinstimmen. Daher handelt es sich bei Erdölschürfungen, von vielen anderen Anhaltspunkten abgesehen, darum, die Dome zu erkennen und im Zusammenhang mit der Untersuchung des Gesteins bzw. durch Probebohrungen ein etwaiges Vorkommen sicherzustellen. Man findet dann zumeist, daß zwischen Gas, Öl und Wasser eine Scheidung stattgefunden hat: das Gas kam nach oben, das Öl lagert an der Seite der Falte und das Wasser ist in der Mulde zu finden.

In den Anfängen der Erdölgeologie hat man das Erdöl überall dort, wo es vorkam, als primär angesehen. Gegenwärtig werden die meisten Lagerstätten für sekundär (eingewandert) gehalten. Auf die Gründe der Wanderung soll hier nicht näher eingegangen werden.

Abschließend ist zu sagen, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Forschung die anorganische Theorie der Entstehung des Erdöls im Bereiche der Möglichkeit liegt, die organische dagegen weit sicherer dasteht. Es gibt ferner Fachgelehrte, denen es angesichts der verschiedenen Bildungsmöglichkeiten und der verschiedenen Zusammensetzung der Erdöle nicht als zwingend erscheint, alle Vorkommen von flüssigen Kohlenwasserstoffen der Erdrinde auf ein einziges Entstehungsprinzip zurückzuführen. Es wird erwartet, daß das gegenwärtig außergewöhnliche Tempo in der Forschung auf allen Gebieten der Naturwissenschaft in der Vervollkommnung der Methoden und die Vervollkommnung der Apparate zu einer baldigen Lösung des Problems führen wird. Man kann dann über die erreichbaren Weltvorräte an Öl und ihre Verteilung auf der Erde im klaren sein.

Ganz besonders dürfte an dieser Forschung die Weltkonferenz interessiert sein in ihrer Aufgabe, Energien ermitteln und nutzbar machen zu helfen und die internationalen Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis zu fördern. Deutschland, das über nur sehr geringe Erdöllager verfügt und jährlich für Hunderte von Millionen Mark Erdölprodukte einführen muß, teilt das Interesse für das Auffuchen von Erdöllagerstätten mit dem Interesse für das Problem der Verflüssigung der Kohle, an dessen Lösung deutsche Chemiker mit Erfolg arbeiten.

Dipl.-Ing. S. Michelson, Berlin.

Gefahren und Katastrophen im russischen Bergbau.

Wenn man die Haltung der kommunistischen Presse zu den Grubenkatastrophen in Deutschland und Rußland betrachtet, so findet man über die Verhältnisse in Deutschland nur schroffe Urteile und Urteile, über Rußland nur Schönfärberei. Wie die russische Statistik und damit die deutsche Kommunistenpresse nicht mehr weiß von Arbeitslosigkeit in Rußland, so weiß wenigstens die deutsche Kommunistenpresse nichts von bösen Zuständen im russischen Grubenschutze, nichts von russischen Grubenkatastrophen schwerster Art.

Wir geben deshalb nachstehend eine Uebersicht über diese Frage, soweit sie nach vorliegenden amtlichen statistischen Mitteilungen und Artikeln der russischen Fachpresse möglich ist. Dabei ist zu bedenken, daß es in Rußland keine andere als die kommunistische Presse gibt.

Unfälle im russischen Bergbau in den Jahren 1926 und 1927.

Das Organ des Statistischen Zentralamtes „Statisticheskoe Obozrenje“ veröffentlicht in Nr. 1 für das Jahr 1929 einen Aufsatz von S. Engel über Industrienunfälle in der UdSSR. (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Rußlands), der u. a. auch die Angaben über die Unfälle im Bergbau enthält. Dabei sind von der Statistik der Betriebsunfälle nicht alle Betriebe erfaßt, sondern nur die größeren. Für die Stein- und Kohlenindustrie erstreckt sich die Statistik (für 1926 und 1927) auf 73,3 Prozent der in diesem Industriezweig Beschäftigten. Bei der Berechnung der Unfallhäufigkeit wird nicht nur die Zahl der erfassten Versicherten, sondern auch die abgeleitete Arbeitszeit berücksichtigt. So betragen die Zahlen der Unfallhäufigkeit je 1000 „volle“ Versicherte für das Gebiet der Sowjetunion im Jahre 1927 in der Stein- und Kohlenindustrie 419,3, in der Erzgewinnung 318,0, während die Durchschnittsziffer für sämtliche Industriezweige sich auf 212,7 belief. Die Bewegung der Unfallzahlen läßt sich nur für die Innerrussische Sowjetrepublik (RSFSR.) — ohne Ukraine und andere Randgebiete der Union — feststellen, wofür folgende Angaben vorliegen:

Table with 3 columns: Industry, 1926, 1927. Rows: Stein- und Kohlenindustrie, Erzgewinnung.

Die Unfälle haben somit 1927 gegenüber dem Vorjahre erheblich zugenommen. (Für den Durchschnitt der gesamten Industriezweige sind die entsprechenden Zahlen für 1926: 169,2, für 1927: 175,7.) Zur Feststellung der Schwere des Unfalls müssen die Angaben über die Dauer der durch Unfall verursachten vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit herangezogen werden. Für das Gebiet der RSFSR. liegen wiederum Angaben für zwei Jahre je 1000 „volle“ Versicherte vor:

Table with 4 columns: Industry, Gesamtzahl der Fälle, davon vorübergehender Erwerbslosigkeit infolge Unfalls, davon entfallen auf eine Krankheitsdauer bis über 15 Tage, bis über 28 Tage, über 28 Tage. Rows: 1926 und 1927, Stein- und Kohlenindustrie, Erzgewinnung.

Dauer der durch Unfall verursachten vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit in der UdSSR.

Table with 5 columns: Industry, Gesamtzahl der Fälle je 1000 „volle“ Versicherte, bis 3 Tage, über 3 Tage bis 7 Tage, über 7 Tage bis 28 Tage, über 28 Tage. Rows: 1927, Stein- und Kohlenindustrie, Erzgewinnung.

gewiesen werden, wie überhaupt die anorganische Theorie in der Geologie nur wenig direkte Befruchtung findet. Die Spuren von Kohlenwasserstoffen in Erstarrungsgesteinen und in vulkanischen Gafen, welche die Anhänger der anorganischen Theorie für aus dem Erdinnern kommend halten, werden von der anderen Seite dahingehend erklärt, daß die aufsteigende Lava bituminöse Schichten durchsetzte bzw. über Lage organische Stoffe aufnahm, die sich durch Destillation unter Luftabschluß zu Kohlenwasserstoffen entwickelten.

Als sehr stichhaltig gegen die anorganische Theorie gilt der Umstand, daß jedes natürliche Erdöl Stickstoff enthält und optisch aktiv ist, d. h. die Polarisationsebene des durchfallenden Lichtes dreht, was aber nie auf anorganisch gewonnenes synthetisches Öl zutrifft. Die anorganische Theorie hat hier zur Erwidern, das Erdöl sei in organische Reste führende Schichten eingewandert und habe dort erst diese Eigenschaften erhalten. Demnach hätte es aber einen sehr langen Weg aus dem Erdinnern nach oben zu machen gehabt, was unwahrscheinlich erscheint. Endlich spricht der allgemeine chemische Charakter des Erdöls, das ja ein labiles Kohlenwasserstoffgemisch ist, gegen den hochpyrogenen Werdegang, wie er von den anorganischen Hypothesen — deren es mehrere gibt — verlangt wird.

Die organische Theorie erklärt die Entstehung des Erdöls durch die Zersetzung riesiger Massen tierischer und teilweise auch pflanzlicher Lebewesen in salzhaltigen Gewässern. Vorwiegend ist es die marine Fauna gewesen. Der Werdegang ist etwa folgender: Durch die im Laufe der Erdgeschichte erfolgten gewaltigen Verschiebungen der Erdkruste, Hebungen und Senkungen wurden ganze Meeresküsten mit reichem Tier- und auch Pflanzenleben abgetrennt, es bildeten sich Binnenmeere und Seen, Buchten, Arme, geschützt vor starken Strömungen, Gezeiten, Seegang. In diesen Gewässern, wie auch in sonstigen leichten Meereswasserbecken gab es besonders günstige Bedingungen für die Entwicklung organischen Lebens: in den oberen, weniger salzhaltigen Tiefen. Bei der herrschenden hohen Temperatur früherer Zeiten und der Trockenheit ringsum verwandelten sich die Gewässer durch Verdunstung allmählich in Salzflümpfe, das Leben hörte auf, aber in endlosen Generationen waren durch die Jahrtausende Mikrofäuna und größere Tiere sowie auch Pflanzen (Algen, Diatomeen u. a. m.) absterbend zu Boden gesunken. Ueberlagert von tonigem Schlamm, bildeten sie den Faulschlamm (Sapropel). Das Absterben unter Meeresniveau brachte die Ablagerung von Meeresedimenten mit sich. Die organischen Reste verfaulten, ihre stickstoffhaltigen Bestandteile zerfielen, entwanden zum Teil. Es blieben die stabilere Fettsubstanzen, eventuell auch abbaufähige Eiweißstoffe sowie pflanzliche Wachs- und Harze. Tonige Massen schlossen den

Schichtenkomplex, der stellenweise eine Mächtigkeit von einigen tausend Metern erlangen konnte, nach oben luftdicht ab. Durch den hohen Druck der auflagernden Gesteinsmassen wurden schon bei verhältnismäßig niedriger Temperatur aus den Fetten Kohlenwasserstoffe herausdestilliert, die sich in den porösen Sanden und künftigen Ralken als Erdöl anreicherten. So entstanden dort die Erdöllagerstätten.

Der Salzwasser-Faulschlamm, Träger der organischen Stoffe, aus denen sich das Del gebildet hat, kann als Muttergestein des Erdöls angesehen werden, doch gibt es auch abweichende Anschauungen. Das Endprodukt der Faulschlamm bilden die bituminösen Schiefer, Uebergangsprodukt im Zersetzungprozess, der kompliziert und von langer Dauer gewesen ist. Er hat sich unter sehr verschiedenen Bedingungen des Druckes, der Temperatur und der Zeit vollzogen, wodurch sich die verschiedene Beschaffenheit des Erdöls erklärt. Die Verschiedenheit der Ausgangsmaterialien kommt erst in zweiter Linie zur Geltung. Die dunkle Farbe der Schieferzone ist durch Schwefelisen und Schwefelkies bewirkt worden, die sich bei der chemischen Reaktion der organischen Bestandteile ausgeschieden haben.

Für die organische Theorie der Entstehung des Erdöls geben sowohl die Geologie als auch die Chemie zahlreiche Beweise. Zunächst ist das Erdöl nie in den vulkanischen und kristallinen Formationen der archaischen Periode gefunden worden, sondern nur in Sedimentschichten von der Zeit an, wo organisches Leben bereits reichlich vorhanden gewesen ist. Es ist in allen geologischen Epochen anzutreffen. In bituminösen Gesteinen finden sich häufig beträchtliche Mengen organischer Reste, Hohlräume sind dort oft mit Öl angefüllt. Auch in Verhärtungen von Faulschlamm ist Öl gefunden worden. In leichten Meerwasserlagunen und geschützten Buchten und Becken kann man auch gegenwärtig die Ablagerung von organischen Stoffen und die Bildung von Faulschlamm beobachten. Bei Erdölvorkommen ist stets Wasser, meist Salzwasser vorhanden, das reich an Jod ist (Anreicherung durch Lebewesen).

Von chemischer Seite aus ist es gelungen, aus tierischen Fetten und aus Fischtran unter Druck ein Öl zu destillieren, das aus denselben Kohlenwasserstoffen besteht, wie das pennsylvanische Erdöl. Eine Allgemeinheit, die in unseren stagnierenden Gewässern häufig ist, liefert unter einer richtig abgemessenen Druckdestillation Petrolöl. Die Laboratoriumsversuche geben durch-aus die Möglichkeit, sich die einzelnen Phasen des Abbaues der Fettstoffe vorzustellen, wie er sich in geologischen Zeiträumen unter sehr verschiedenen Druck- und Temperaturverhältnissen abge-spielt hat. Auf die organische Herkunft weisen auch der Stickstoffgehalt und die optische Aktivität hin. Letztere Eigenschaft kommt außer Kristallen nur solchen Stoffen zu, die von tierischen oder pflanzlichen Organismen aufgebaut sind.

Bezirk Oberschlesien. Brutale Unternehmerwillkür.

Für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau fanden am 10. Dezember Verhandlungen zwischen dem Unternehmerverband und den Gewerkschaften statt wegen der am 31. Dezember d. J. ablaufenden Tarifverträge (Manteltarif und Mehrarbeitsabkommen). Ein Lohnvertrag besteht bereits seit zwei Monaten für diesen Bergbaubezirk nicht mehr, nachdem der Reichsarbeitsminister den vorliegenden Schiedspruch, welcher dieselben Löhne wieder in Kraft setzte, nicht für verbindlich erklärte. Die Unternehmer forderten in den anstehenden Verhandlungen neben zahlreichen anderen Verschlechterungen im Manteltarifvertrag einen Abbau der Löhne um 12 Prozent. Sie verlangten das unter der Begründung einer bereits von ihnen ab 1. Dezember d. J. durchgeführten sechsprozentigen Senkung der Kohlenpreise. Als die Gewerkschaftsvertreter ein Eingehen auf diese Forderung ablehnten und in Anbetracht der außerordentlich niedrigen Löhne im Revier und der günstigen wirtschaftlichen Lage des ober-schlesischen Steinkohlenbergbaues noch eine Lohnaufbesserung für notwendig erachteten, erklärten die Unternehmer, daß sie zwar den Schlichter anrufen würden, aber der Gesamtbelegschaft des Reviers (50 000 Mann) am Montag, dem 15. Dezember, die Kündigung der Arbeitsverträge zustellen würden.

Brutaler, als es in diesem Fall die Unternehmer des ober-schlesischen Bergbaues machen, ist seit langen Jahren im Bergbau sowie in keinem Tarifbezirk gehandelt worden. Der ober-schlesische Bergbau gehört zu den besten der deutschen Kohlenreviere. Derselbe hat in einer Zeit, wo in anderen Bergbaurevieren zahlreiche Feierschichten eingelegt werden mußten und außerordentlich hohe Halbenbestände vorhanden waren, von einer Wirtschaftskrise nichts gemerkt. In jener Zeit erhöhten sich die Belegschaftsziffern immer mehr, ebenso stieg die Produktion. Erst im Laufe des Jahres 1930 hat zum erstenmal der ober-schlesische Steinkohlenbergbau erfahren, daß auch er von der Wirtschaftskrise erfaßt worden ist. Trotz alledem wird aber keiner behaupten und beweiskräftig begründen wollen, daß es dem dortigen Bergbau jetzt wirtschaftlich schlecht geht. Zum Beweise dafür diene folgendes:

Die Belegschaft beträgt gegenwärtig rund 48 000 Mann. Der Durchschnittslohn je Mann und Schicht betrug nach den Veröffentlichungen des ober-schlesischen Unternehmerverbandes im August d. J. je Mann und Schicht 6,91 M., während derselbe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau 9 M., im Aachener Bezirk 7,93 M., im sächsischen Steinkohlenbergbau 7,65 M. und in dem schlechtesten Steinkohlenrevier, Niederschlesien, 6,57 M. betrug. Selbst der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau steht mit seinen Löhnen im August d. J. von pro Schicht 7,46 M. wesentlich über dem Verdienst des ober-schlesischen Steinkohlenbergarbeiters. Erwiesen ist, daß im letzteren Revier die Löhne des Bergarbeiters außerordentlich tief stehen, daß dahingegen die Leistung bzw. der Förderanteil im Revier bedeutend höher ist als in allen anderen Steinkohlengebieten.

So betrug der Förderanteil je Mann und Schicht in den einzelnen Kohlenrevieren (in Kq.):

	Ober-schlesien	Rhein-westf.	Nieder-schlesien	Sachsen	Wachsen
Jahresdurchschnitt 1913	1139	943	669	710	764
1930: Januar	1355	1299	849	665	996
Mai	1413	1331	848	688	979
August	1479	1373	859	705	985

Wie ersichtlich, hat der ober-schlesische Bergbau eine ständige Steigerung des Schichtförderanteils je Mann und Schicht zu verzeichnen, die vielleicht zur Zeit auf 1500 Kq. gesteigert sein dürfte. Der Schichtförderanteil je Mann und Schicht ist aber maßgebend für die Lohnkosten am gewonnenen Produkt und ebenso auch für die gesamten Selbstkosten des Werkes. Tatsache ist nun, daß die reinen Lohnkosten sich auch im Laufe der letzten Jahre ständig gesenkt haben. So betragen die Arbeitslohnkosten 1930: im Januar je Tonne 5,11 M., im Mai 4,87 M., im August 4,67 M. Tatsache ist, daß in keinem anderen deutschen Steinkohlenrevier die Lohnkosten je Tonne Kohle so niedrig sind wie in Oberschlesien, sie sind hier am tiefsten. Ferner ist unbestritten, daß die Materialkosten sich im Laufe des Jahres 1930, insbesondere aber im Laufe der letzten Monate, ganz erheblich gesenkt haben. Wenn die Unternehmer des dortigen Bergbaues, wie auch in anderen Revieren, ständig behaupten, daß sie bisher weder ermäßigte Holzpreise, noch andere ermäßigte Materialkosten hätten, so liegt das allein an den getätigten Abschlüssen und Verträgen. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, die man aber sehr oft im Leben machen kann, daß die Unternehmer bei Ermäßigung der Preise noch auf angeblich alte Verträge sich berufen, während beim Steigen der Materialpreise man sehr schnell die erhöhten Sätze in Anwendung bringt. Die Belegschaften von Oberschlesien werden sich auch durch dieses Vorgehen der Grubenverwaltungen und des dortigen Unternehmerverbandes nicht beirren lassen!

Bezirk Nordhausen.

Die Stilllegung der Gewerkschaft Volkenroda bei Menteroda.

Im kommunistischen „Thüringer Volksblatt“ wird unter obiger Ueberschrift, die an sich irreführend ist, Propaganda gemacht für die Gründung einer Industrie-Gruppe der RSD. Es versteht sich, daß Hand in Hand damit gefordert wird, revolutionäre Vertrauensleute zu wählen und die kommenden Betriebsratwahlen entsprechend vorzubereiten. In diesem Artikel wird auch in Verbindung mit den wiederholten Gasausbrüchen versucht, dem Arbeiterrat eins auszumischen, da dieser angeblich nicht bei diesen Vorgängen die Interessen der Belegschaft vertreten habe. Der Arbeiterrat sieht sich deshalb veranlaßt, zu den in dem vorbezeichneten Artikel gemachten Ausführungen folgendes festzustellen:

1. Es ist aus den Fingern gefogene Unwahrheit, daß der Arbeiterrat sich nicht darum gekümmert habe, daß alle Sicherheitsmaßnahmen beachtet und durchgeführt wurden. Der Artikelschreiber scheint entweder nicht im Schacht tätig zu sein (was wir annehmen) oder er hat die ganze Zeit bei den verschiedensten Gasausbrüchen aus purer Angst getniffen. Wenn das letztere zutreffen sollte, dann ist es aber auch geradezu unverantwortlich von ihm der Belegschaft gegenüber, daß er die Explosion in der Pfingstwoche, bei der drei Todesopfer zu beklagen waren und die er angeblich vorausgesehen hat, durch sein Eingreifen nicht verhinderte. Zum mindesten hätte er dem Sicherheitsmann entsprechende Mitteilung machen müssen. Da keines

von beiden geschöhen ist, sind die Ausführungen in dieser Hinsicht nur nach der agitatorischen Seite hin für die Kommunistische Partei zu werten. Es schimpft sich ja so schön aus der Ferne und man will sich bei denen, die nicht alle werden, eine Nummer verschaffen.

Der Arbeiterrat hat hinsichtlich der Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen alles getan, was menschenmöglich war, die Sicherheit der Belegschaft zu schützen.

2. Während nun dem Arbeiterrat vorgeworfen wird, daß er seine Pflicht hinsichtlich der Sicherheit der Belegschaft nicht erfüllt habe, wird im gleichen Atemzuge behauptet, der Betriebsrat mache Ueberschichten, während die Belegschaft größtenteils feiern müsse. Dazu ist folgendes zu sagen: Durch die letzten Gas- und Delausbrüche sah sich die Bergbehörde veranlaßt, die Gewinnung von Kalisalzen zu untersagen bis zur Beseitigung der auftretenden Gase. Das hatte zur Folge, daß die Verksleitung der Belegschaft das Arbeitsverhältnis aufkündigte und nur ein Teil der Belegschaft zu den notwendigen Arbeiten herangezogen wurde. Dabei haben auch die Mitglieder des Betriebsrats ausnahmslos mitfeiern müssen. Nur der Betriebsratsvorsitzende mußte in seiner Eigenschaft als Sicherheitsmann täglich die Befahrung des Schachtes vornehmen, wozu wir ihn als verpflichtet betrachten. Nur so war es möglich, daß der Arbeiterrat die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen auch überwachen konnte. Es trifft wider zu, daß die Betriebsratsmitglieder, wie in dem Artikel behauptet wird, während der Feierschichten jede Schicht verfahren hätten, noch daß sogar Ueberschichten von den Betriebsratsmitgliedern verfahren worden wären. Von dieser Tatsache hätte sich der Artikelschreiber durch Einsicht der Kontrollkarten der Betriebsratsmitglieder überzeugen können. Da er das nicht getan hat, muß ihm nachgelagt werden, daß er vorzüglich die Mitglieder des Betriebsrats verleumdete wollte.

3. Dem Arbeiterrat ist nichts davon bekannt, daß auf Volkenroda Arbeiter von Beamten geprügelt worden wären. Wäre ihm ein derartiger Vorgang zu Ohren gekommen, dann brauchen wir wohl nicht besonders zu versichern, daß wir energig dagegen eingeschritten wären. Auch dem Artikelschreiber dürfte bekannt sein, daß der Arbeiterrat auf Volkenroda immer sehr großen Wert darauf gelegt hat, daß die Beamten mit der Belegschaft in anständiger Art und Weise umzugehen haben, und er ist immer dann eingeschritten, wenn ein Beamter einmal über die Stränge schlug.

4. Wenn Abmachungen getroffen worden sind, dann wurden diese im Einverständnis mit dem Verband der Bergbauindustriearbeiter festgelegt. (In Frage kommt hier die Entschädigung der Belegschaft für die ausgefallenen Feierschichten.) Derjenige aber ist unehrlich, welcher sagt, daß diese Abmachungen, soweit ein Rechtsanspruch der Belegschaft bestand, zum Nachteil für diese getroffen worden wären.

5. Wir erklären, daß das, was auf Volkenroda durch das Wirken des Arbeiterrats für die Belegschaft getan worden ist, nur durch die Einigkeit der Belegschaft geschaffen werden konnte. Der Versuch, durch diesen Artikel im „Thüringer Volksblatt“ die Einigkeit der Belegschaft zu unterwühlen, muß von uns ganz entschieden zurückgewiesen werden, und fordern wir deshalb die Belegschaft auf, die Einigkeit und Geschlossenheit auch fernerhin wie bis jetzt durch den restlosen gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu wahren, denn nur so ist es dem Arbeiterrat möglich, die Rechte der Belegschaft in jeder Hinsicht vertreten zu können.

Für Ihn!
Das Geschenk das Ihn
sicher gut gelaunt macht.

Rasierklingen

in schönen Geschenkpackungen

30 Stück RM. 4,05

nicht teurer als im Einzelverkauf

ROTBART MOND-EXTRA

Roth - Büchner A.-G., Spezialfabrik für Rasierapparate u. Rasierklingen, Berlin - Tempelhof B.E.

